

newsletter*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

Liebe Genossin, lieber Genosse,

die Wahl in Niedersachsen hat gezeigt, dass es ein großes Bedürfnis in der Gesellschaft nach sozialdemokratischen Themen gibt. Inhalte sind den Menschen wichtig; dieser Wahlerfolg beflügelt und bestärkt uns, die richtigen Konzepte zu haben.

Dass wir richtig liegen, hat auch die Kanzlerin erkannt. Wieder einmal versucht sie, uns zu kopieren, uns hinterherzulaufen. Aber eine Flexi-Quote ist eben keine Frauenquote und eine Lohnuntergrenze kein gesetzlicher Mindestlohn. Merkel liefert nichts als Leerformeln. Dass sie dabei enttarnt wird, ist wohl einer der Gründe, warum sie vor einem zweiten TV-Duell mit Peer Steinbrück kneift.

In dieser Woche ist eines der großen Themen die Debatte um Sexismus in der Gesellschaft. Die SPD-Fraktion setzt sich für volle Gleichberechtigung von Frau und Mann ein. Wir haben etliche Instrumente dazu auf den Weg gebracht, etwa das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, das Anti-Diskriminierungsgesetz, das Gesetz zur Entgeltgleichheit und eine Frauenquote. Das sind erste Schritte, aber vonnöten ist auch ein kultureller Wandel, eine Bewusstseinsbildung bei allen.

Ein besonderes Anliegen ist uns Sozialdemokratinnen und -demokraten ein Verbot der verfassungsfeindlichen NPD. Es ist unerträglich, dass diese „Partei“ mit Steuergeldern ihren Rassismus organisieren kann. Eine Verhöhnung ihrer Opfer ist das. Die SPD hat darum an diesem Freitag einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der den Innenausschuss auffordert, auf der Grundlage des zusammengetragenen Materials aus Bund und Ländern eine Empfehlung ans Parlament auszusprechen, wie zu verfahren ist. In jedem Fall sollte der Bundestag als Verfassungsorgan unabhängig vom Bundesrat einen NPD-Verbotsantrag stellen. Das muss Aufgabe der Volksvertreterinnen und -vertreter sein, dafür zu sorgen, dass die NPD nicht länger im Schutz eines politischen Mandats handeln kann. Es ist perfide, dass sie dadurch vom Staat geschützt wird. Der Staat muss vor der NPD geschützt werden!

Noch etwas ganz anderes: Auf unserer Beteiligungsplattform <https://debatten.zukunftsdialog.spdfraktion.de> können sich ab sofort wieder Bürgerinnen und Bürger mit ihren Ideen beteiligen. In der ersten Debattenphase möchten wir gemeinsam Vorschläge für eine moderne Geschlechter- und Gleichstellungspolitik entwickeln. Zusammen wollen wir daraus eine schlüssige Politik erarbeiten, die endlich Chancengleichheit in allen gesellschaftlichen Bereichen herstellt und es ermöglicht, zwischen vielen verschiedenen Lebensmodellen frei zu wählen. Mach mit!

Herzliche Grüße

deine Petra Ernstberger

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION UND TEXTE TERESA BÜCKER, STEFAN HINTERMEIER, ALEXANDER LINDEN, ANJA LINNEKUGEL, MARTIN MADER
TELEFON (030) 227-510 99 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE

REDAKTIONSSCHLUSS: 01.02.2013 13.00 UHR

Inhaltsverzeichnis

- | | |
|---|---|
| 02 Top-Thema: Die NPD muss verboten werden | 09 Transparenz für soziale und ökologische Unternehmensverantwortung herstellen |
| 03 Die Sexismus-Debatte | 10 Sport in der Auswärtigen Kulturpolitik |
| 05 SPD setzt zusätzliche Mittel für Krippenausbau durch | 10 Filmerbe digitalisieren |
| 06 Zahlungsflüsse im Rohstoffhandel transparent machen | 10 Wie messen wir Wohlstand? |
| 06 „Pille danach“ rezeptfrei abgeben | 11 Koalition lässt Verbraucher bei massenhaften Abmahnung im Stich |
| 07 Situation der Schwerstabhängigen verbessern | 12 Zukunftsdialog online startet wieder |
| 08 Wachstumspotenziale des Ökolandbaus ausschöpfen | 13 Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus |
| 08 SPD unterstützt Kroatiens EU-Beitritt | |

TOP-THEMA

NPD-Verbot: „Der Bundestag muss eine Haltung einnehmen!“

An diesem Freitag brachte die SPD-Fraktion den Antrag „Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern zur Verfassungswidrigkeit der ‘Nationalen Partei Deutschlands’“ in den Bundestag ein. Ziel des Antrags ist, dass Innen- und Rechtsausschuss Beweise zur Verfassungsfeindlichkeit der NPD prüfen und eine Empfehlung über ein Verbotsverfahren aussprechen sollen (Drs. 17/12168).

Die NPD ist seit ca. 50 Jahren die politische Bewegung des Rechtsextremismus. Sie verherrlicht den historischen Nationalsozialismus und folgt dessen menschenverachtender Ideologie. Werte unserer Verfassung wie Freiheit des Individuums, Menschenrecht, Gleichheitsrechte werden auf der Straße und in Parlamenten bekämpft. Sie ist in Teilen gewaltbereit, antisemitisch und rassistisch.

Thomas Oppermann, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, sprach sich klar für ein Verbotsverfahren aus, „denn die NPD steht in der Kontinuität der nationalsozialistischen Ideologie.“ Sie bekämpfe den Kernbereich der Verfassung. Oppermann kritisierte die unentschlossene Haltung der Bundesregierung zum Verbotsantrag: „Wir können nicht verlangen, dass Menschen mit Zivilcourage gegen Rechtsextremismus vorgehen und wir uns gleichzeitig von der Verantwortung wegducken“.

Er appellierte an das Parlament: „Wir müssen zusammen vorgehen“. Eine wachsame und aktive Zivilgesellschaft sei wichtig. Es gehe darum, die Opfer vor dieser Partei zu schützen, denn die Demokratie möge die verfassungsfeindliche NPD vielleicht aushalten, ihre Opfer können es nicht.

Mit Blick auf ein erneutes Verbotsverfahren gegen die NPD konstatierte er, dass die Politik heute besser vorbereitet sei als im Jahr 2003. Es lägen „1000 Seiten Beweise vor aus Quellen,

die verwertbar sind“. Oppermann betonte, die NPD richte sich direkt gegen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung“. Der Bundestag müsse eine Haltung einnehmen.

Ralf Jäger, Innenminister von Nordrhein-Westfalen, unterstützte im Namen der Länder den Antrag. „Als gewählte Vertreter ist es unsere Pflicht, alles zu tun, um die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger zu schützen.“ Der Bundesrat habe bereits ein wichtiges Zeichen über alle Parteigrenzen hinweg gesetzt, jetzt müsse der Bundestag folgen. Ein weiteres Zögern, „wäre ein verheerendes Signal im Kampf gegen Rechtsextremismus.“

Michael Hartmann, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, äußerte sich in der Debatte: „Wir wissen um die Risiken des Parteienverbots. Hohe Hürden müssen aufgebaut sein. Wir kommen zum Ergebnis, diese sind überwindbar.“ Er verwies darauf, dass das gesammelte Material von Bundes- und Länderbehörden „nicht kontaminiert“ sei.

Verbot hat sehr gute Aussichten auf Erfolg

Die NPD muss verboten werden, um der Partei den Anschein der demokratischen Legitimation zu nehmen. Es muss klar gemacht werden, dass rechtsextreme Positionen in unserer demokratischen Gesellschaft keinen Platz haben. Gremien dürfen Rechtsextremen nicht als Plattform für ihre Meinung zur Verfügung stehen, ebenso wenig öffentliche Gelder, die die NPD für verfassungsfeindliche Aktionen nutzt. „Es ist die Aufgabe des demokratischen Staates, Menschen, die Opfer rassistischer Übergriffe werden, zu schützen, sich schützend vor sie zu stellen“, so Thomas Oppermann.

Das Verfahren hat heute bessere Aussichten auf Erfolg, als je zuvor. Rund 1000 Seiten an Beweisen für die Verfassungsfeindlichkeit der Partei wurden bisher gesammelt. Als Quelle wurde dafür nicht auf V-Leute zurückgegriffen, sondern auf öffentlich zugängliche Reden, Dokumente, Broschüren etc. Um ein Scheitern wie im letzten Verbotsverfahren zu verhindern, haben Bund und Länder alle V-Leute aus den Führungsgremien der NPD zurückgezogen. Alleine die Partei ist so verantwortlich für ihre Aktionen und Entscheidungen. Die Bevölkerung steht mehrheitlich hinter einem Verbot, 73 Prozent unterstützen ein entschiedenes Vorgehen gegen die Partei.

Die SPD-Fraktion ist überzeugt, dass ein NPD-Verbotsverfahren nur dann seine volle Wirkung entfaltet, wenn alle Verfassungsorgane geschlossen dahinter stehen. Natürlich reicht ein Verbot allein nicht aus, aber es wird den Rechtsextremismus an zentraler Stelle schwächen. Darüber hinaus muss Rechtsextremismus auf allen gesellschaftlichen Ebenen bekämpft werden.

GLEICHSTELLUNG

Sexistische Äußerungen sind peinlich und unprofessionell

Und da ist sie wieder – die alte Debatte aus den 1970er- und 1980er-Jahren über das sexistische Verhalten von Männern gegenüber Frauen am Arbeitsplatz und auch über die Zerrbilder, die in den Medien Frauen zum Sexobjekt degradieren. Es war ein Trugschluss, dass sie nach vier Jahrzehnten engagiertem Feminismus und neuem weiblichen Selbstbewusstsein überwunden ist. Nein, Sexismus ist leider auch im 21. Jahrhundert noch aktuell, und auch die alten Reflexe über die Debatte sind wieder da.

Das Porträt einer Journalistin über Rainer Brüderle im Stern der vergangenen Woche und zu seinem angeblich sexistischem Verhalten ihr gegenüber an einer Bar ein Jahr zuvor war der Auslöser für eine von Frauen angestoßene Debatte über Sexismus im Büro, bei Betriebsfesten,

bei Bewerbungen und auch in der Öffentlichkeit. Was am 25. Januar bei twitter unter dem Hashtag #aufschrei mit 5000 Einträgen begann, liegt mittlerweile bei mehr als 81.000 tweets. Frauen machen sich Luft, indem sie über ihre persönlichen Erfahrungen berichten. Über die Debatte wird nun in den Medien berichtet, und auch die Talkshows haben sich dem Thema angenommen. Einige Reaktionen auf den Beitrag der Stern-Journalistin und über die Debatte zeigen, dass manche, meist männliche Protagonisten, längst nicht verstanden haben, worum es eigentlich geht. Da wird darüber schwadroniert, warum eine Frau erst nach einem Jahr darüber schreibt, dass Frauen überempfindlich seien, oder dass Frauen ja selbst dieses Verhalten provozierten.

Tatsächliche Gleichberechtigung lässt Sexismus keinen Platz

SPD-Fraktionsvizin Dagmar Ziegler sagt: „Ich finde richtig und wichtig, dass momentan unsere gesamte Gesellschaft über Sexismus diskutiert – und eben nicht nur wir Politikerinnen und Politiker im Deutschen Bundestag. Wir müssen uns gemeinsam darüber klar werden, welches Verhalten zwischen Frauen und Männer willkommen ist. Was zu einem erlaubten Annähern zwischen den Geschlechtern gehört und auch weiterhin gehören soll. Und wo die Grenzen verlaufen, die Männer - und auch Frauen - nicht überschreiten dürfen.“ Ziegler sieht in der aktuellen Debatte die große Chance, dass die Gesellschaft zu einem respektvolleren Umgang miteinander kommt, „ohne dass dabei der harmlose und von beiden gewollte Flirt auf der Strecke bleibt“.

Auch der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, findet es gut und wichtig, dass über das Thema gesprochen wird. Es gebe ein großes Bedürfnis danach, über Sexismus zu sprechen und darüber, wie Männer und Frauen am Arbeitsplatz miteinander umgehen. Oppermann sagt: „Ich persönlich finde, das Verhältnis von Männern und Frauen am Arbeitsplatz sollte von professioneller Wertschätzung und gegenseitigem Respekt geprägt sein. Sexismus ist eine Form der Diskriminierung. Sexistische Äußerungen sind peinlich und unprofessionell“.

Caren Marks, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, meint dazu: „Die öffentlich geführte Sexismus-Debatte zeigt, dass dieses Thema nicht bagatellisiert oder ins Lächerliche gezogen werden darf, sondern einer intensiven, sachlichen Auseinandersetzung bedarf. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen ein, in so einer Kultur hat Sexismus keinen Platz. Die Verteilung 'viele Männer - wenig Frauen' dagegen erleichtert ein frauendiskriminierendes Klima, in dem Sexismus gedeiht.“

Debatte führen – Diskriminierung abbauen

Die Debatte liefert einen wichtigen Anstoß für unsere Gesellschaft, sich darüber klar zu werden, welche archaischen Rollenbilder in manchen Köpfen vorhanden sind, die zu sexistischen Ausfällen am Arbeitsplatz oder auch in der Bahn gegenüber Frauen führen. Vor allem aber geht es auch darum, wie sie überwunden werden können. Immer noch sind viele Bereiche männlich dominiert. Immer noch trauen sich Frauen nicht – vor allem dann, wenn es sich um sexistisches Verhalten eines Vorgesetzten handelt – sich zur Wehr zu setzen. Aber auch viele Männer finden das sexistische Verhalten ihrer Geschlechtsgenossen mehr als peinlich, ja abstoßend.

Doch Frauen werden auch jenseits der sexistischen Äußerungen und Handlungen am Arbeitsplatz nach wie vor diskriminiert. Sie gelangen oft nicht bis in die Spitze von Unternehmen und Organisationen, sie werden schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat viele Initiativen auf den Weg gebracht, um diese Diskriminierung abzubauen, und sie beschäftigt sich auch mit der aktuellen Debatte. Die SPD-Fraktion hat Antworten: das Gesetz zur Frauenquote, zur Entgeltgleichheit (gleiche Löhne für gleiche Arbeit von Männern und Frauen), zur Gleichstellung und das Antidiskriminierungsgesetz.

FAMILIE

SPD setzt zusätzliche Mittel für Krippenausbau durch

Wenige Monate (1. August 2013) vor dem Inkrafttreten des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz oder eine Kindertagespflegestelle für Kinder ab dem ersten Geburtstag muss der Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung in unserem Land massiv vorangebracht werden. Wenn die Kommunen den Rechtsanspruch gegenüber den Eltern nicht einlösen können, droht ihnen eine Klagewelle.

Seit längerem ist bekannt, dass der Bedarf an Plätzen in Kitas und in der Kindertagespflege höher ist, als ursprünglich von der Bundesregierung angenommen. Allerdings hat Familienministerin Kristina Schröder (CDU) diesen höheren Bedarf stets bestritten. Dank des massiven Drucks der SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-regierten Bundesländer stellt die Bundesregierung nun zusätzliche Mittel für den Kita-Ausbau bereit. Damit beteiligt sich der Bund an der Schaffung von zusätzlichen 30.000 Plätzen. Der Bundestag hat dazu in dieser Woche das „Gesetz zur zusätzlichen Förderung von Kindern unter drei Jahren in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege“ beschlossen.

Mehr Geld für Investitionen und Betriebskosten

Mit diesem Gesetz sollen 2013 und 2014 insgesamt 580 Millionen Euro für Investitionskosten für zusätzliche 30.000 Betreuungsplätze bereit gestellt werden. Damit beteiligt sich der Bund künftig an der Förderung von 780.000 Plätzen anstatt bisher nur an 750.000 Plätzen. Darüber hinaus stellt der Bund mit dem Gesetz über eine Neuverteilung bei der Umsatzbesteuerung weitere Mittel für die Betriebskosten in Aussicht: 2013 sind es zusätzlich 18,75 Millionen Euro, 2014 weitere 37,50 Euro und ab 2015 sind es zusätzlich 75 Millionen Euro fortlaufend. Der Bund beteiligt sich also 2014 mit insgesamt 807,5 Millionen Euro anstatt mit 770 Millionen Euro an den Betriebskosten. Und ab 2015 sind es sogar 845 Millionen Euro.

Die SPD-Fraktion unterstützt den Gesetzentwurf, der auf Druck der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vorgelegt wurde. Seit drei Jahren hat die SPD-Fraktion immer wieder auf die fehlenden Kitaplätze hingewiesen und zusätzliches Engagement vom Bund u. a. auch durch einen Krippengipfel eingefordert. Um den Rechtsanspruch sicherzustellen hat sie im Herbst 2011 ein Ergänzungsprogramm für den Kita-Ausbau in Höhe von 300 Millionen vorgeschlagen – die Bundesregierung lehnte ab.

Familienministerin zeigt kein Engagement für den Kita-Ausbau

Seit Jahren duckt sich Kristina Schröder weg, wenn es darum geht, den Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung zu forcieren. Obwohl Bund, Länder und Kommunen gemeinsam den Ausbau voranbringen müssen, zeigt die Familienministerin immer nur mit dem Finger in Richtung der Länder und Kommunen. Angeblich würden die Länder die Mittel nicht abrufen. Dabei sind bereits 99,2 Prozent der Bundesmittel bewilligt worden. Die SPD-Forderung nach einem Krippengipfel lehnt Familienministerin Schröder ab.

Erst im Juni 2012, als die Bundesregierung die Zustimmung der SPD-regierten Länder zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalpakts benötigte, war sie auf Druck der SPD bereit, die zusätzlichen Mittel für den Kita-Ausbau zur Verfügung zu stellen. In den Verhandlungen hatten der Erste Bürgermeister Hamburgs, Olaf Scholz (SPD), und der damalige Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck (SPD), die SPD-Forderung durchgesetzt. Es entspricht also nicht den Tatsachen, wenn Schröder und die Koalitionsfraktionen für sich beanspruchen, sich für die Aufstockung der Mittel eingesetzt zu haben.

Es ist unverantwortlich, dass die Bundesregierung am umstrittenen Betreuungsgeld festhält. Die dafür notwendigen Mittel in Höhe von rund 2 Milliarden Euro könnten 160.000 zusätzliche Kitaplätze entstehen. Doch mit dem Betreuungsgeld schafft Schwarz-Gelb einen Anreiz, Kinder nicht an öffentlichen Angeboten der frühkindlichen Bildung teilhaben zu lassen und hält Frauen vom Arbeitsplatz fern.

WIRTSCHAFT/ENTWICKLUNG

Zahlungsflüsse im Rohstoffhandel transparent machen

Die SPD-Fraktion fordert in ihrem Antrag „Transparenz in den Zahlungsflüssen im Rohstoffbereich und keine Nutzung von Konfliktmineralien“, dass Unternehmen Geldflüsse offenlegen, um den Einnahmemissbrauch durch Rohstoffhandel in Entwicklungs- und Schwellenländer einzudämmen.

Deutschland ist bei metallischen Rohstoffen zu 100 Prozent von Importen abhängig, bei Energierohstoffen ebenfalls zu mehr als 98 Prozent. Unternehmen beziehen diese Rohstoffe weltweit unter anderem auch aus Entwicklungs- und Schwellenländern. Für diese Länder und ihre Bevölkerungen stellt sich der Rohstoffreichtum aber häufig als Armutsfalle dar, denn die schnellen und hohen Rohstoffgewinne verleiten oft zu Korruption und Misswirtschaft oder werden zur Finanzierung von Konflikten genutzt.

Rohstoffeinnahmen können bei richtigem Einsatz zur Wohlstandsentwicklung in den exportierenden Ländern führen. Schlüssel dafür sind gute Regierungsführung gepaart mit guter Haushaltspolitik, einem verantwortlichen Umgang mit Steuereinnahmen und Antikorruptionsmaßnahmen. Zur Verwirklichung dieser Ziele müssen Zahlungsströme durch Unternehmen transparent gemacht werden, um effektiv Korruption, ungerechte Verteilung und Missbrauch der Einnahmen zu verhindern.

In ihrem Antrag (Drs. 17/11876), in dieser Woche in den Bundestag eingebracht, begrüßt die SPD-Fraktion bereits getroffene internationale Maßnahmen wie die „Extractive Industries Transparency Initiative“ (EITI), in der sich Länder bereit erklären, freiwillig die Zahlungsströme freizulegen, und die geplante Maßnahme der Europäischen Kommission, börsennotierte und größere Unternehmen zur Offenlegung von Zahlungen von Rohstoff- und Forstgeschäften zu verpflichten. Darüber hinaus fordert die SPD-Fraktion, die Sorgfaltspflicht von Unternehmen im Umgang mit Konfliktmineralien europaweit zu normieren. Zur einfacheren Einhaltung soll die Zertifizierung von Minen nach Transparenz und sozialen wie ökologischen Kriterien unterstützt werden. Um die Berichterstattungspflicht von Unternehmen zu erleichtern, sollen die europäischen Regelungen an die bereits bestehenden amerikanischen angelehnt werden.

GESUNDHEIT

„Pille danach“ rezeptfrei abgeben

Die Medien berichten momentan über den Fall einer jungen Frau in Köln, die nach Verabreichung von KO-Tropfen offenbar vergewaltigt wurde und deren Untersuchung zwei katholische Krankenhäuser abgelehnt hatten, weil sie die Frau nicht zur „Pille danach“ beraten wollten. Von einem „hartherzigen und erbarmungslosen“ Verhalten der beiden katholischen Krankenhäuser gegenüber dem Vergewaltigungsopfer sprach der gesundheitspolitische Sprecher und Kölner Abgeordnete der SPD-Fraktion, Karl Lauterbach, gegenüber dem „Kölner

Stadtanzeiger“. Seine Überlegungen gingen dahin, ob bei einer Wiederholung die gynäkologische Notfallbetreuung in katholischen Krankenhäusern noch akzeptabel ist. Auch in der Landesregierung werden rechtliche Schritte gegen ein solches Verhalten geprüft.

Dieser Fall führt in besonders drastischer Form vor Augen, auf welche Probleme Frauen stoßen, die die „Pille danach“ auf Grund von Verhütungsfehlern oder ungeschütztem Geschlechtsverkehr am Wochenende oder am Abend benötigen, wenn die Arztpraxen bereits geschlossen sind und kein Rezept mehr ausstellen können. Vor allem in vielen ländlichen und katholischen Regionen Deutschlands stoßen Frauen auf Hindernisse und auch auf abschätzigste Bemerkungen durch Klinikpersonal.

„Pille danach“ ohne Rezept nach Beratung in der Apotheke abgeben

Aus diesen Gründen will die SPD-Bundestagsfraktion, dass die „Pille danach“ mit dem Wirkstoff Levonorgestrel (LNG) endlich auch in Deutschland rezeptfrei in Apotheken zu erhalten ist. Dazu haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Oktober 2012 einen Antrag in den Bundestag eingebracht (Drs. 17/11039). Vorgesehen ist darin, dass vor der rezeptfreien Abgabe eine Beratung der Frau in der Apotheke zu erfolgen hat. Zudem soll der Umgang mit der „Pille danach“ nach Aufhebung der Rezeptpflicht evaluiert werden. SPD-Fraktionsvizein Dagmar Ziegler äußerte gegenüber der „Frankfurter Rundschau“: „Ich finde eine Beratung sehr wichtig, aber die kann auch in der Apotheke verantwortlich erfolgen. Eine Rezeptpflicht ist meiner Meinung nach dafür nicht notwendig“. Dass die Freigabe des Notfallmittels nicht zu Missbrauch geführt habe, zeigten zudem die Zahlen aus den anderen EU-Ländern, wo es seit Jahren frei erhältlich ist.

„Pille danach“ ist kein Abtreibungsmedikament

Die „Pille danach“ ist kein Abtreibungsmedikament, wie von den Gegnern der rezeptfreien Abgabe oft behauptet wird, sondern eine Notfallverhütung, die ungewollte Schwangerschaften und Schwangerschaftsabbrüche verhindert. Denn das Medikament wirkt nicht, wenn sich die Eizelle bereits eingenistet hat. Es muss so schnell wie möglich – allerspätestens 72 Stunden nach dem Geschlechtsverkehr – eingenommen werden.

In 28 europäischen Ländern – darunter Frankreich, Großbritannien, Spanien und Schweden – sowie weltweit in 79 Ländern können Frauen die „Pille danach“ ohne Rezept bekommen.

Situation von schwerstabhängigen Drogensüchtigen verbessern

Grundsätzlich ist es ein wichtiges Instrument der Suchtprävention, dass die illegale Nutzung von Betäubungsmitteln wie Heroin strafbar ist. Allerdings können Polizei und Staatsanwalt Suchtkranken nicht helfen. Die Drogensubstitutionstherapie, auch Substitutionsbehandlung genannt, eignet sich, um Beschaffungskriminalität, Sterberaten von Süchtigen und soziale Belastungen zu reduzieren und die Therapieerfolge zu verbessern. Süchtige brauchen Unterstützung und Hilfsangebote, um aus der Sucht heraus zu kommen oder aber ein „normales“ Leben mit der Sucht führen zu können.

Die SPD-Fraktion fordert die Bundesregierung in einem Antrag (Drs. 17/12181) auf, die Bedingungen für die Substitutionsbehandlung von schwerstabhängigen Heroin- bzw. Opiatabhängigen sowohl in Freiheit als auch im Maßregel- und Strafvollzug zu verbessern. Das am 21. Juli 2009 in Kraft getretene „Gesetz zur diamorphingestützten Substitutionsbehandlung“ hat die rechtlichen Voraussetzungen für die Anwendung von Substitutionen als Bestandteil der Regelversorgung geschaffen. Nach Ansicht der SPD-Fraktion stehen die rechtlichen Rahmenbedingungen der Substitutionsbehandlung nach den Änderungen der entsprechenden Richtlinie der Bundesärztekammer im Jahr 2010 jedoch im Konflikt mit dem Stand der

medizinischen Wissenschaft. Zudem sei insbesondere im Maßregel- und Strafvollzug die Möglichkeit zur Substitutionsbehandlung nur bedingt gegeben.

Es ist durch die qualitätsgestützte Substitutionsbehandlung mit Methadon und Buprenorphin (Diamorphin) sowie durch medizinische und soziale Hilfeangebote gelungen, immer mehr Drogenabhängigen einen Ausstieg aus der Sucht zu ermöglichen oder sie gesundheitlich zu stabilisieren. Die entsprechenden Angebote sollen daher ausgebaut werden. Dafür bedarf es u. a. einer Reform sowohl des sogenannten Abstinenzparadigmas in der Betäubungsmittel-Verschreibungsverordnung (BtMVV) als auch der einschlägigen Strafandrohungen im Betäubungsmittelgesetz (BtMG). Außerdem soll die Anzahl der Ärzte/innen mit einer fachlichen Qualifikation für Substitutionsbehandlungen erhöht werden. Ferner ist die Gewährleistung und die Kontinuität von Substitutionsbehandlungen auch für opiatabhängige Strafgefangene und für Opiatabhängige im Maßregelvollzug sicherzustellen.

UMWELT

Wachstumspotenziale des Ökolandbaus in Deutschland ausschöpfen

Der ökologische Landbau ist eine besonders nachhaltige Form der Flächenbewirtschaftung. Denn Natur-, Klima-, Tier- und Artenschutz werden mit Wirtschaftlichkeit verbunden. Die Verbraucher/innen reagieren darauf und greifen zunehmend zu Produkten aus ökologischer Produktion. So ist der Umsatz von Biolebensmitteln im Jahr 2011 um neun Prozent gestiegen, die Anbaufläche aber nur um 3,2 Prozent. Die inländische Produktion vor allem bei Biokartoffeln, Biomöhren und Bioäpfeln bleibt weit hinter den Absatzmöglichkeiten zurück. Hier schlummert ein riesiges Wachstumspotenzial für die deutschen Landwirte. Doch Schwarz-Gelb verzögert den Ausbau weiter. Die Bundesregierung erweitert ohne Grund das Bundesprogramm ökologischer Landbau auf andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert deshalb in einem Antrag (Drs. 17/10862) eine einheitliche und auf Dauer angelegte Strategie zur Förderung der ökologischen Landwirtschaft, damit mehr Landwirte auf ökologische Produktion umsteigen:

Hierzu gehört ein klares politisches Bekenntnis zum Goldstandard des ökologischen Landbaus für die deutsche Landwirtschaft. Goldstandard heißt, der ökologische Landbau gilt als beste Form der Landwirtschaft. Deshalb ist es ein klares Ausbauziel, in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie bis 2020 20 Prozent der Flächenbewirtschaftung festzulegen. Das bedeutet, dass Bundesförderprogramme wieder auf die ökologisch wirtschaftende Betriebe ausgerichtet werden und eine Umstellung auf Ökolandbau attraktiv sein muss. Die Forschungsförderung vor allem für die Pflanzen- und Tierzucht ist auf die Besonderheiten der ökologischen Produktionsweise auszurichten. Die Agrarforschung, die Lehre und die landwirtschaftliche Ausbildung sollen sich stärker an den Anforderungen einer nachhaltigen Landwirtschaft orientieren. Ein flächendeckender Mindestlohn ist für die Beschäftigten in konventionellen und ökologischen Betrieben festzulegen.

EUROPA

SPD unterstützt Kroatiens EU-Beitritt

Die EU hat durch ihre Politik der Erweiterung Europa Frieden, Wohlstand und neue wirtschaftliche Dynamik und politische Stabilität gebracht. Sowohl die Europäische Union als auch die beitretenden Länder in den vorhergehenden Beitrittsrunden haben hiervon profitiert.

Im Unterschied zu den teilweise widersprüchlichen Aussagen seitens der Koalitionsfraktionen und der Bundesregierung bezieht die SPD-Fraktion in einem Antrag (Drs. 17/12182) klar und eindeutig Position zum bevorstehenden EU-Beitritt der Republik Kroatien als 28. Mitglied der Europäischen Union.

Die SPD-Fraktion unterstützt den geplanten EU-Beitritt der Republik Kroatien zum 1. Juli 2013. Sie begrüßt das neue Verfahren der EU-Kommission, in zukünftigen Beitrittsverhandlungen die Bereiche „Justiz und Grundrechte“ sowie „Justiz, Freiheit und Sicherheit“ zu einem möglichst frühen Zeitpunkt zu behandeln. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern die Bundesregierung auf, den Auf- und Ausbau tragfähiger zivilgesellschaftlicher Strukturen in der Region zu unterstützen. Der Versöhnungsprozess zwischen den Ländern des Westbalkans ist zu fördern und Initiativen zur regionalen Kooperation sind weiter zu stärken.

Die SPD-Fraktion spricht sich für eine Beitrittsperspektive für die Staaten des Westbalkans aus. Die habe eine positive Dynamik in den Ländern in Gang gesetzt, die nicht gebremst werden darf. Eine strenge Kontrolle der Beitrittsbedingungen und die Einhaltung der Beitrittskriterien von Kopenhagen sind nach Auffassung der Sozialdemokraten von herausragender Bedeutung für die Glaubwürdigkeit der EU nach innen wie nach außen und für die Akzeptanz der EU-Erweiterung in der Bevölkerung.

SOZIALES

Transparenz für soziale und ökologische Unternehmensverantwortung herstellen

Die furchtbaren Brandunglücke in Textilfabriken in Bangladesch und Pakistan, bei denen im vergangenen Herbst 350 Arbeiterinnen starben, haben auf erschreckende Weise verdeutlicht: Die Arbeitsbedingungen sind in vielen Produktionsstätten katastrophal. Damit sich diese Zustände verbessern, müssen wir an etlichen Fronten kämpfen. Ein wichtiger Punkt ist mehr Transparenz darüber, unter welchen Bedingungen Firmen weltweit ihre Waren produzieren. Diese Offenlegungspflichten fordert die SPD in einem Antrag (Drs. 17/11319).

Für eine wirksame Durchsetzung sind europaweit einheitliche Regeln nötig. EU-Binnenmarktkommissar Barnier hat eine begrüßenswerte Initiative gestartet. Statt das zu unterstützen, bremst die Regierung Merkel jedoch alle Bemühungen um mehr Transparenz aus. Damit verhindert Schwarz-Gelb, dass Missstände aufgedeckt und beseitigt werden. CDU/CSU und FDP wollen die Verbraucher offenbar ahnungslos halten und lassen damit auch die Beschäftigten im Regen stehen.

Bisher gelten in Deutschland selbst für Konzerne nur lasche Berichtspflichten hinsichtlich der Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit auf Arbeitsbedingungen und Umwelt. Wir wollen deshalb alle großen Unternehmen verpflichten, diese Informationen nach einheitlichen Standards wahrheitsgemäß und vollständig offenzulegen. Kleine und mittlere Unternehmen sollen später angemessen einbezogen werden. Es muss öffentlich werden, wo Niedriglöhne gezahlt werden, wo sich Arbeitsunfälle häufen, wo Betriebsräte wie in Bangladesch behindert werden und wo Kinderarbeit stattfindet. Nur so können sich Verbraucherinnen und Verbraucher für fair und nachhaltig hergestellte Produkte entscheiden und damit zu besseren Arbeitsbedingungen weltweit beitragen.

SPORT

Sport in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik

Die Bundesregierung hat die Rolle des Sports in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) verringert. Die Mittel für die Internationale Sportförderung wurden gekürzt und bei der Neuausrichtung der AKBP fand Sport keine Erwähnung. In einem Antrag (Drs. 17/9731) fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, die Internationale Sportförderung auf den Stand von 2009 zu erhöhen. Bereits bewilligte Mittel müssen unbürokratisch und zügig freigegeben werden, damit Projektpartner Planungssicherheit haben. Die Maßnahmen zur Gewinnung von Auslandsexperten im Sport sind zu verstetigen. Auslandsexperten sollen in Bezug auf steuer- und versicherungstechnische Frage beraten werden. Ihre Trainer sind zur Vernetzung untereinander anzuregen.

KULTUR

Filmerbe digitalisieren

Filme sind Teil des nationalen kulturellen Gedächtnisses. Sie müssen gesichert, bewahrt und zugänglich gemacht werden. Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung entsprechen nicht dem akuten Handlungsbedarf. In einem Antrag (Drs. 17/10098) fordert die SPD die Bundesregierung auf, eine Pflichtregistrierung im Bundesarchivgesetz einzuführen. Bei der Novelle des Filmförderungsgesetzes soll die Beteiligung der Filmwirtschaft und der Fernsehsender an den Kosten der Langzeitsicherung geförderter Filme geregelt werden. Eine Strategie für die Sicherung und Zugänglichmachung des Filmbestandes ist vonnöten. Dazu gehören ein nationales Programm zur Digitalisierung, ein webbasierter Katalog deutscher Filme und die Stärkung des Deutschen Kinemathekverbundes. Der Filmbestand soll von der Filmbildung frei genutzt werden können.

ENQUETE

Wie messen wir Wohlstand?

Lange Zeit galt das Bruttoinlandsprodukt als Gradmesser für das Wohlergehen unserer Gesellschaft. Die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ hat nun ein Modell zur Messung von Wohlstand vorgeschlagen, das neben materiellen Faktoren auch Kriterien sozialer Teilhabe und ökologischer Nachhaltigkeit berücksichtigt.

Mit dem Bericht der Projektgruppe 2 hat die Enquete-Kommission ein neues Indikatoren-Tableau zur Wohlstandsmessung vorgelegt. Damit ist es nach einer jahrzehntelangen Debatte über alternative Wohlstandsmaße endlich gelungen, dem Deutschen Bundestag ein neues Maß für Wohlstand vorzuschlagen. Indikatoren haben bereits in der Vergangenheit für politische Bewertungen und Entscheidungen eine wichtige Rolle gespielt. Bisher fehlte aber eine Gesamtschau der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung. Das wird mit dem vorliegenden Vorschlag verändert.

Die soziale Entwicklung, die wirtschaftliche Entwicklung und die Entwicklung der Umwelt werden im Zusammenhang dargestellt und kommentiert. Wir schlagen dazu ein Set aus drei Dimensionen vor: materieller Wohlstand, Soziales/Teilhabe und Ökologie. Diese werden durch zehn Indikatoren und weitere grenzwertsensible Zusatzindizes („Warnlampen“) unterlegt. Zu

diesem Set sollen die Sachverständigenräte für Wirtschaft und Umwelt (SVR und SRU) sowie die Bundesregierung Stellung nehmen. Zudem wollen wir prüfen, wie das bisherige Nebeneinander der zahlreichen Regierungsberichte und Beratungsgremien verbessert werden kann. Ein eigener Sachverständigenrat für nachhaltige Lebensqualität wäre dabei eine Option.

Ein neues Fundament

Die Verankerung der neuen Wohlstandsmessung in einem einzigen, in sich konsistenten Jahreswohlstandsbericht ist eine entscheidende Weichenstellung. Über die Anzahl der Indikatoren bestehen unterschiedliche Ansichten. Das vorgeschlagene Tableau stellt unseres Erachtens mit zehn Indikatoren und weiteren Warnlampen eine gute Lösung dar. Es verbindet eine dem komplexen Thema Wohlstand angemessene Übersichtlichkeit mit Tiefe.

Die Debatte über die Entwicklung des Wohlstands in unserer Gesellschaft hat nun ein neues Fundament, auf das alle bauen können. Jede neue Bundesregierung wird sich dieser Frage nun systematisch stellen müssen. In Einzeldimensionen kann sie sich nicht mehr verlieren. Das ist der Verdienst der Enquete-Kommission. Eine wirksam verankerte Wohlstandsmessung bietet die Chance auf eine neue Qualität politischer Rechenschaftslegung. Das täte unserer Demokratie sehr gut.

NETZPOLITIK

Koalition lässt Verbraucher bei massenhaften Abmahnungen im Stich

In der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft wurde klar: Im Gegensatz zu uns hat die Regierungskoalition keine Antworten auf die wesentlichen Verbraucherfragen. Bei massenhaften Abmahnungen ist das Problem längst erkannt: Die Gebühren für Abmahnanwälte sind deutlich zu hoch. Wir fordern daher klare Schritte, um diese Gebühren gerade bei Erstverstößen zu senken. Die Regierungskoalition hat ähnliche Vorstellungen bereits in einem Gesetzentwurf formuliert. Leider liegt der aber aufgrund interner Streitigkeiten in einer Schublade des Justizministeriums. Inzwischen ist kaum noch damit zu rechnen, dass er jemals das Licht des Bundestages sehen wird. Die Koalition empfiehlt dem Bundestag indes, verbesserte Informationspflichten für Inkassounternehmen einzuführen.

Verbraucherschutzpolitik in der digitalen Welt muss an einem richtigen Verbraucherleitbild ausgerichtet werden. Um künftig für gute Verbraucherinformationen und Transparenz in der digitalen Welt zu sorgen, benötigen wir ein hohes Verständnis der Verbraucherinnen und Verbraucher. Dafür reicht das Leitbild des „mündigen Verbrauchers“ allein nicht mehr aus. Nur wenn man erkennt, wann Verbraucherinformationen nicht mehr ausreichen, kann man eine zukunftsorientierte Verbraucherpolitik betreiben. Bei Bewertungsportalen kann man diese sensible Grenze gut beobachten: Test- und Bewertungsportale dienen Verbraucherinnen und Verbrauchern dazu, sich einen Überblick über die Angebote zu verschaffen. Allerdings nur dann, wenn die Bewertungen unverfälscht sind. Wir fordern daher, aktuelle Defizite unter definierten Analyseschwerpunkten zu analysieren. Daneben regen wir an, die Transparenz und Verlässlichkeit der Portale in nationalen oder europäischen Regelungen zu sichern.

An der Realität der Verbraucherinnen orientieren

Auch in weiteren Fragen setzt sich die Problematik fort: Wir wollen einen Verbraucherschutz, der sich an der Realität der Verbraucherinnen und Verbraucher orientiert, während die Koalition lediglich die Quantität der Information erhöhen will. Das heißt, wir müssen Verbraucherverhalten in der digitalen Welt erforschen und für eine fortlaufende Bildung der Verbraucherinnen und Verbraucher sorgen. Wir müssen die Daten der Verbraucherinnen und Verbraucher schützen,

anstatt in allgemeinen Geschäftsbedingungen darauf hinzuweisen, dass sie verarbeitet werden. Wir brauchen zudem einen Sachverständigenrat bei der Bundesregierung und ein jährliches Verbraucherpanel.

Um die Durchsetzung der Verbraucherrechte zu gewährleisten, fordern wir einen Marktwächter Digitale Welt, der Verbraucherbeschwerden aufnimmt, kanalisiert und im Zweifel auch mittels kollektiver Klagerechte durchsetzt. Ergänzend fordern wir eine Online-Plattform nach dem Vorbild www.lebensmittelklarheit.de auch für die digitale Welt zu etablieren. Auf einer solchen Plattform können Beschwerden direkt geäußert und an die Anbieterseite herangetragen werden.

Es ist bedauerlich, dass es bei der Verabschiedung des Zwischenberichtes Verbraucherschutz – anders als in allen anderen Projektgruppen der Internetenquete – nicht gelungen ist, sich wenigstens auf einige wenige gemeinsame Handlungsempfehlungen zu verständigen. Die Empfehlungen der Koalition beschränken sich auf ein paar wenige wolkige Empfehlungen – konkrete Vorschläge zur Verbesserung des Verbraucherschutzes und zur Nutzung der zweifelsfrei bestehenden Potenziale der Digitalisierung zur Stärkung des Verbraucherschutzes sucht man vergebens.

Online-Beteiligung: Zukunftsdiallog online startet wieder

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt auf neue Wege der Bürgerbeteiligung. Diskutieren Sie mit uns Ihre Ideen für eine moderne Gleichstellungspolitik: online und auf dem Empfang zum Frauentag im Februar.

Die SPD-Bundestagsfraktion möchte gemeinsam mit allen Interessierten zukunftsfähige politische Konzepte erarbeiten. Auf unserer Beteiligungsplattform <https://debatten.zukunftsdiallog.spdfraktion.de> können Sie sich ab sofort wieder mit Ihren Ideen daran beteiligen. In der ersten Debattenphase möchten wir mit Ihnen Vorschläge für eine moderne Geschlechter- und Gleichstellungspolitik entwickeln. Gemeinsam wollen wir daraus eine schlüssige Politik erarbeiten, die endlich Chancengleichheit in allen gesellschaftlichen Bereichen herstellt und es ermöglicht, zwischen vielen verschiedenen Lebensmodellen frei zu wählen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat für eine moderne Gesellschaftspolitik Konzepte vorgelegt. Darüber möchten wir mit Ihnen diskutieren. Halten Sie unsere Ideen für wirkungsvoll? Haben wir die richtigen Schwerpunkte gesetzt? Oder haben wir vielleicht etwas übersehen oder vergessen? Alle Themen, die trans*/inter*/queere Menschen, Frauen und Männer betreffen, sind willkommen.

Bis Ende Februar können Sie mit uns zu verschiedenen Schwerpunkten diskutieren:

- Offene Debatte: Was erwarten Sie von der Geschlechterpolitik der SPD-Bundestagsfraktion?
- Von der Zuverdienerin zur Verdienlerin: Ihre Vorschläge für eine Reform der Minijobs

Die über die Software Adhocracy erarbeiteten Ergebnisse fließen direkt in die Arbeit der Fraktion ein. Wir nutzen sie zur Vorbereitung der inhaltlichen Debatte auf dem Empfang zum Internationalen Frauentag. Die Online-Plattform ist ein Baustein unseres Dialoges mit Bürgerinnen und Bürgern, gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen.

Am Abend des 27. Februars laden wir alle Interessierten, die bereits hier mitdiskutiert haben oder dies vor Ort tun möchten, herzlich zu uns ein. Auf dem Empfang freuen sich die Abgeordneten Willi Brase, Christel Humme, Caren Marks, Peer Steinbrück und Dagmar Ziegler auf Diskussionen mit Ihnen in offenen Gesprächsrunden. Melden Sie sich bitte bis zum 20. Februar über unsere Website an.

Der Zukunftsdialog online geht mit den Fraktionsdebatten in die nächste Runde. Wir freuen uns auf einen regen Austausch mit Ihnen.

Der Dialog ist offen für alle: Laden Sie andere Interessierte ein und teilen Sie ihre Vorschläge in den sozialen Netzwerken. Das Hashtag für die Debatte bei Twitter lautet #spddebate.

Hintergründe

Um möglichst vielen Menschen das Mitreden und Mitmachen zu ermöglichen, geht die SPD-Bundestagsfraktion neue Wege: Mit unseren Fraktionsdebatten wollen wir mehr Menschen an unserem „Projekt Zukunft“ beteiligen, die Transparenz von Meinungsbildungsprozessen und politischen Entscheidungen erhöhen sowie eine neue demokratische Partizipationskultur im parlamentarischen Raum etablieren.

Auf Basis der Software Adhocracy, die der gemeinnützige Verein Liquid Democracy e.V. entwickelt hat, können alle Interessierten aktiv an den Diskussionen des Zukunftsdialoges mitwirken. Unabhängig davon, ob Sie Mitglied der SPD sind, welcher Staatsbürgerschaft sie angehören und wo sie wohnen, ob sie am Morgen oder nachts Zeit und Lust haben sich zu beteiligen: Wir freuen uns auf Ihre Beiträge.

Unser Ziel ist es, ein tragfähiges und realisierbares Politikkonzept zu entwickeln, das den Weg Deutschlands bis zum Ende des Jahrzehnts beschreibt. Wir haben den Anspruch, politische Vorschläge zu erarbeiten, die nicht nur gut klingen, sondern praxistauglich und umsetzbar sind. Die Ergebnisse der Debatten fassen wir zum Abschluss der Diskussionsphasen für sie zusammen, wir präsentieren sie auf Veranstaltungen und in unseren Onlinemedien.

VERANSTALTUNG

Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus

An diesem Mittwoch hat die deutsch-israelische Schriftstellerin Inge Deutschkron die Rede zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus gehalten. Gedenktag ist der 27. Januar, der Tag, an dem sowjetische Soldaten im Jahr 1945 das Vernichtungslager Auschwitz befreit hatten. Seit 1996 wird in Deutschland jährlich an diesen Tag erinnert.

Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) eröffnete die Veranstaltung. Er mahnte, dass „unsere Demokratie täglich gestaltet und verteidigt werden müsse.“ Er betonte: "Wir gedenken heute aller Opfer der verbrecherischen Ideologie des Nationalsozialismus."

Inge Deutschkron erzählte ihre bewegende Lebensgeschichte unter der Überschrift "Das zerrissene Leben". Sie schilderte, wie sie als Zehnjährige die Machtübernahme der Nazis erlebte. Sie habe damals gar nicht gewusst, was eine Jüdin ist. Der Stern habe dazu geführt, dass sie kaum noch angesehen wurde. Er sei eine "diskriminierende Isolation" gewesen.

Die SPD-Abgeordnete Elke Ferner sprach im Anschluss von einer "beeindruckenden Rede", Sabine Bätzing-Lichtenthäler zeigte sich "bewegt". Auch Daniela Kolbe lobte den Deutschkron-Auftritt als "ergreifende Gedenkstunde". Sönke Rix twitterte: "Nie wieder Faschismus!"

Die SPD-Bundestagsfraktion strebt ein Verbot der NPD an. Die Partei ist in Teilen gewaltbereit, rassistisch und antisemitisch. "Es ist unerträglich, dass die Partei mit Steuergeldern organisierten Rassismus betreibt", sagte Thomas Oppermann, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD. Es geht darum, einer menschenfeindlichen Partei den Mantel der politischen und demokratischen Legalität zu nehmen.

Ein Verbotsantrag im Bundesrat hat eine parteiübergreifende Mehrheit gefunden.

Die SPD im Bundestag beantragt in dieser Woche, dass der Innenausschuss und der Rechtsausschuss die Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern zur NPD prüfen und eine Empfehlung an den Bundestag aussprechen. Die SPD hofft, dass sich die übrigen Fraktionen diesem Vorgehen anschließen.

Weitere Informationen gibt es auch hier:



www.spdfraktion.de/facebook



www.spdfraktion.de/googleplus



www.spdfraktion.de/twitter



www.spdfraktion.de/youtube



<http://www.spdfraktion.de/flickr>